



---

---

## **Haushalts- und Finanzausschuss**

85. Sitzung (öffentlicher Teil)<sup>1)</sup>

24. Juni 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:15 Uhr;

12:20 Uhr bis 14:45 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf/in: Franz-Josef Eilting, Iris Staubermann

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- |          |   |          |
|----------|---|----------|
| <b>1</b> | <b>Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Nachtragshaushaltsgesetz 2004) und Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2004/2005) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004/2005 und des kommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen der neuen Länder im Haushaltsjahr 2005 (Solidarbeitragsgesetz - SBG 2004/2005)</b> | <b>1</b> |
|----------|---|----------|

Gesetzesentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/5490

Vorlage 13/2888

Erster Beratungsdurchgang

Der Ausschuss führt eine generelle Aussprache durch.

---

<sup>1)</sup> Vertraulicher Teil mit TOP 6 s. Vertr. APr 13/45

**2 Informationen der Landesregierung über die Teilwertabschreibung der Vodafone Deutschland GmbH 13**

Bericht des Finanzministeriums

- Bericht von Minister Jochen Dieckmann (FM) 13

- Aussprache 15

**3 Kraftfahrzeugsteuer zeitnah nach der Zulassung erheben - Zusammenarbeit mit den Kommunen verbessern - Steuerrückstände schmälern 23**

Antrag der Fraktion der SPD und  
 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 Drucksachen 13/4738 und 13/5321

Zuschriften 13/3734, 13/3738, 13/3739, 13/4020, 13/4024, 13/4033,  
 13/4035, 13/4041, 13/4048, 13/4055 und 13/4057

Hinzuziehung von Sachverständigen gemäß § 31 der Geschäftsordnung

Die Sachverständigen nehmen zu den vom Vorsitzenden genannten Problembereichen und den von den Ausschussmitgliedern aufgeworfenen Fragen Stellung:

Organisation	Redner	Zuschriften	Seiten
Städtetag Nordrhein-Westfalen	Christian Geiger	13/3738, 13/4033	24, 29, 37
Landkreistag Nordrhein-Westfalen	Dr. Marco Kuhn	13/2734, 13/4055	24, 31, 41
Deutscher Gewerkschaftsbund	Reinhard Kilmer	13/4048	24, 34
Deutsche Steuer-Gewerkschaft, Deutscher Beamtenbund	Meinolf Guntermann Uwe Waßmann	13/4057	24, 31, 40 35, 42
Finanzamt für Verkehrssteuern und Grundbesitz in Hamburg	Hans-Peter Kreuzmann	13/4041	26, 33, 39, 41, 42
Landeseinwohneramt Berlin	Marcus Schmöker	13/4020	26, 29, 35, 41
Hessisches Ministerium der Finanzen	Dr. Gottfried Dietz Markus Moos	13/4024	27, 32 33
Rheinisch-Bergischer Kreis	Kämmerer Udo Wasserfuhr	13/4035	36
TÜV Rheinland Group	Klaus Sambrowski		39

Weitere Zuschrift: Städte- und Gemeindebund NRW - 13/3739

**4 Gesetz zur Änderung des Studentenwerkgesetzes (StWG) 43**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/4998

Zuschriften 13/3828, 13/3854, 13/3855, 13/3856, 13/3860, 13/3869 und  
13/3879

Ausschussprotokoll 13/1200

Nach kurzer Aussprache stimmt der Ausschuss ab.

Zunächst wird der **Änderungsantrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (*vgl. dazu Drucksache 13/5615, S. 13-16*) mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP **angenommen**.

Der Ausschuss **empfiehlt** sodann dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den **Gesetzentwurf Drucksache 13/4998** in der veränderten Fassung **anzunehmen**.

**5 § 8a Körperschaftsteuergesetz muss umgehend novelliert werden 44**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/5326

- Bericht von StS Dr. Noack (FM) 44

- Aussprache 46

Der **Antrag** von Dr. Stefan Grüll (FDP), über den Antrag der Fraktion der CDU in einer verkürzten Fassung **bereits heute zu entscheiden**, wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **abgelehnt**.

**7 Verschiedenes**

50

Der Ausschuss **beschließt**, sich an den Anhörungen zu dem Komplex "Jugendfördergesetze" sowie zu dem FDP-Antrag "Landeskulturpolitik statt Landesstaatskultur! ... " **nachrichtlich zu beteiligen.**

**6 Landesbürgschaften im Jahr 2003**

50

Vorlage 13/2861

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, **vertraulich zu beraten.**  
(s. Vertr. APr 13/45).

\*\*\*\*\*

#### 4 Gesetz zur Änderung des Studentenwerkgesetzes (StWG)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/4998

Zuschriften 13/3828, 13/3854, 13/3855, 13/3856, 13/3860, 13/3869 und 13/3879

Ausschussprotokoll 13/1200

**Vorsitzender Volkmar Klein** erläutert, der Gesetzentwurf sei am 11. Februar 2004 an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung - federführend - und u. a. an den HFA zur Mitberatung überwiesen worden. An der Anhörung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung sei der HFA nachrichtlich beteiligt gewesen. Da der federführende Ausschuss beabsichtige, seine Beratungen heute abzuschließen, sei über ein Votum zu entscheiden.

Er verweist sodann auf den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der Grünen, der soeben als Tischvorlage verteilt worden sei.

**Gisela Walsken (SPD)** bemerkt, die Koalitionsfraktionen beehrten mit diesem Änderungsantrag, der zeitgleich im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung vorgelegt werde, sechs Änderungen des Gesetzentwurfs.

Als Folge der Auswertung der Anhörung komme es den Koalitionsfraktionen vor allem darauf an - sie verweise insbesondere auf die Nr. 2 des Änderungsantrags -, dass die bisherige Regelung, wonach ein Kanzler oder eine Kanzlerin dem Verwaltungsrat des Studentenwerkes angehöre, beibehalten werde, weil sie sich bewährt habe.

Diese und die übrigen Änderungen würden in dem Änderungsantrag im Einzelnen erläutert.

**Manfred Palmén (CDU)** erklärt, die CDU-Fraktion werde den Gesetzentwurf ablehnen, weil sie, wie sie bereits im Plenum dargelegt habe, die Dinge anders sehe. Zu der Tischvorlage könne er allerdings im gegenwärtigen Zeitpunkt nichts sagen; dies werde gegebenenfalls im federführenden Ausschuss geschehen.

Der **Vorsitzende** lässt abstimmen (*Ergebnisse s. Beschlussteil*).

Im Anschluss daran äußert **Michael Breuer (CDU)** noch eine Bitte. Nach Auffassung seiner Fraktion gebe die Landesregierung in ihren Gesetzentwürfen oft keine exakten Begründungen. Wenn es, wie auch in diesem Fall, unter "Alternativen" wie auch unter "Kosten" jeweils heiße: "keine", dann sei das eine sehr verkürzte Darstellung.

In der Debatte im Wissenschaftsausschuss sei deutlich geworden, dass mit den Änderungen des Studentenwerkgesetzes sehr wohl finanzielle Auswirkungen verbunden seien. Er fände es angemessen, auch dann, wenn die Auswirkungen nicht exakt abge-

schätzt werden könnten, zumindest darauf hinzuweisen, dass es und wo es zu Kosteneinsparungen oder zu Kostenverschiebungen komme.

Des Weiteren hätten in diesem Fall die Sachverständigen bei der Anhörung zum Ausdruck gebracht, dass es zu dem Gesetzentwurf eine Menge Alternativen gebe. Auch insofern erwarte seine Fraktion, dass Gesetzentwürfe von der Landesregierung künftig sorgfältiger vorbereitet würden.

## **5 § 8a Körperschaftsteuergesetz muss umgehend novelliert werden**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/5326

**Vorsitzender Volkmar Klein** legt dar, dieser Antrag sei am 13. Mai 2004 federführend an den HFA überwiesen worden, der in öffentlicher Sitzung darüber beraten und abstimmen solle.

Nach Darstellung des Sachstandes durch das Finanzministerium sollte der Ausschuss überlegen, bis zu welchem Zeitpunkt er seine Beratungen abschließen wolle, damit der mitberatende Wirtschaftsausschuss entsprechend unterrichtet werden könne.

**StS Dr. Noack (FM)** trägt vor:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich könnte es mir jetzt einfach machen und sagen: Wir werden das natürlich so ändern, dass die Besorgnisse, die Sie in Ihrem Antrag formulieren, nämlich Existenzbedrohungen für den Mittelstand, ausgeschlossen werden. Das ist selbstverständlich. - Da Sie mit diesem Antrag einen sehr komplexen Sachverhalt sehr schlicht in den Fokus genommen haben, kann ich mir aber nicht ersparen, etwas umfangreicher auszuführen.

Lassen Sie mich noch eine weitere Vorbemerkung machen: Es trifft nicht zu, dass die Regelung, wenn sie praktikabel gemacht ist, zur Existenzbedrohung führen wird. Was mich und die derzeit mit dieser Fragestellung befassten Experten etwas verblüfft, ist, dass die CDU/CSU- und auch die FDP-Fraktion im Finanzausschuss des Bundestages bisher zwar Änderungsanträge zum § 8a angekündigt haben, aber noch nicht bekannt gegeben haben, welche inhaltlichen Änderungen damit angestrebt werden. Ich würde empfehlen, dieses aus sachlichen Gründen doch sehr schnell auf der Ebene einzubringen und die Diskussion so vielleicht zu befruchten.

Damit will ich eines deutlich machen: Ich habe den Eindruck, dass an der grundsätzlichen Notwendigkeit der Änderung des § 8a, und zwar zur Verhinderung steuerlicher Umgehungen, niemand zweifelt.

Ich will kurz in Erinnerung rufen, wie der Hergang war, damit deutlich wird, warum in diesem steuerlichen Bereich der Gesetzgeber tätig werden musste. Die Ände-